

05.12.1988

Beschlußempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/3500, 10/3740 und 10/3780

- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1989
Haushaltsgesetz 1989

Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

Berichtersteller Abgeordneter Dorn F.D.P.

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 10 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Datum des Originals: 05.12.1988/Ausgegeben: 05.12.1988

Die Veröffentlichungen des Landtags sind fortlaufend oder auch einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 4000 Düsseldorf 1, Postfach 1143, Telefon (02 11) 884 24 39, zu beziehen.

MM D10 / 3810

Bericht

A Beratungsergebnisse der Fachausschüsse

Der Entwurf- des Einzelplans 10 wurde vom Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz sowie vom Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung beraten. Die Ergebnisse sind in den beigehefteten Berichten - Vorlagen 10/1870 und 10/1869 - dargestellt. Beide Ausschüsse haben die Annahme des Einzelplans empfohlen.

B Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuß

Das für alle Einzelpläne zusammengefaßte Ergebnis der Beratung des Personaletats in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" und im Haushalts- und Finanzausschuß ist an dem Bericht zum Entwurf- des Haushaltsgesetzes 1989 - Drucksache 10/3815 - zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat sich am 1. Dezember 1988 abschließend mit dem Einzelplan 10 befaßt. Er folgte den Empfehlungen der Fachausschüsse.

Im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hatte die Fraktion der CDU beantragt, den Haushaltsansatz bei

- | | | |
|-----------------------|---|---|
| <u>Kapitel 10 050</u> | - | Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz |
| <u>Titelgruppe 75</u> | - | Abfallverwertungs- und -beseitigungsanlagen |
| <u>Titel 661 75</u> | - | Schuldendiensthilfen zur Bildung von Kreditplafonds |

den Ansatz von 5 000 000 DM um 9 100 000 DM auf 14 100 000 DM zu erhöhen.

Über diesen Antrag war im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung nicht formal abgestimmt worden; dieser Ausschuß beschloß vielmehr einstimmig, der von der Fraktion der SPD vorgetragene Empfehlung, daß der federführende Haushalts- und Finanzausschuß den tatsächlichen Bedarf bei diesem Titel eingehend prüfen solle, zu folgen.

Im Haushalts- und Finanzausschuß wiederholte die Fraktion der CDU sowohl diesen Antrag als auch ihren Deckungsantrag, nämlich bei

- | | | |
|-----------------------|---|---|
| <u>Kapitel 14 030</u> | | |
| <u>Titel 883 15</u> | - | Zuweisungen zur Förderung von kommunalen Abfallverwertungs- und -beseitigungsanlagen usw. |

den Ansatz entsprechend zu reduzieren.

Die Fraktion der SPD trug vor, eine Erhöhung der Schuldendiensthilfen zur Bildung von Kreditplafonds sei offenkundig notwendig; die vorgeschlagene Deckung sei aber nicht möglich. Die Fraktion der SPD beantragte, den Ansatz um 1 000 000 DM auf 6 000 000 DM zu erhöhen und zur Deckung bei

Kapitel 10 050 - Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz

Titel 887 20 - Zuweisungen für die Entschlammung von Seen
den Ansatz von 4 000 000 DM von 1000 000 DM auf 3 000 000 zu kürzen.

Die Fraktion der CDU erklärte zu diesem Antrag, sie müsse bei ihrem eigenen Erhöhungs- als auch Deckungsvorschlag bleiben, weil die Ist-Ergebnisse zeigten, daß der Mittelabfluß bisher nicht in ausreichendem Umfang stattgefunden habe. Der Finanzminister erklärte hierzu, es handele sich um Reste im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes, die eine andere rechtliche Bewertung erforderten. Im übrigen sei es gegebenenfalls möglich, über den Weg der überplanmäßigen Ausgaben bei diesem Titel auszuhelfen.

Der Erhöhungsantrag der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU abgelehnt.

Der Antrag der Fraktion der SPD - Erhöhung um 1 000 000 DM - wurde zusammen mit dem Deckungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD bei Stimmenthaltung der Oppositionsfraktionen angenommen.

Außerdem wiederholte die CDU-Fraktion ihre bereits im Fachausschuß gestellten und aus dem Anhang zu diesem Bericht ersichtlichen Anträge, die vom Ausschuß mit den Stimmen der SPD und F.D.P. gegen die der CDU abgelehnt wurden.

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Einzelplans 10 unter Einbeziehung der Änderungsempfehlungen des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz und der von ihm selbst beschlossenen o. a. Änderungen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU und F.D.P. zur 2. Lesung an.

Weiss
Vorsitzender

Beigeheftet: Vorlagen 10/1869 und 1870
Anhang: Änderungsanträge der Fraktion der CDU
Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministers
Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen
Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Anträge der Fraktion der CDU zum Haushaltsentwurf 1989 - Drucksache 10/3500

Einzelplan 10	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 10 030			
Titelgruppe 71	Verbesserung der Agrarstruktur im Bereich der Dorferneuerung	Erhöhung der Titelgruppe 71 um insgesamt 4.000.000 DM auf 21 Mio DM sowie Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen um insgesamt 10.000.000 DM	<p>Die im Haushaltsplan veranschlagten Mittel sind nicht ausreichend, um die vorhandenen dörflichen Strukturen möglichst zu erhalten, Veränderungen im weiteren Funktionswandel auf gewachsenen Dorfcharakter ausrichten und Mängel in der Daseinsvorsorge zu beheben.</p> <p>Durch Erhöhung der Haushaltsansätze und der Verpflichtungsermächtigungen wird gewährleistet, daß der Aufgabenbereich "Dorferneuerung" insgesamt zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande beiträgt.</p> <p><u>Deckungsvorschlag:</u> 10 030 - 821 §2, "Erwerb von Grundstücken", Reduzierung um 4 Mio DM</p>

Einzelplan 10	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 10 030			
Titelgruppe 75	Forstwirtschaft	Erhöhung der Titelgruppe 75 um insgesamt 1.000.000 DM von 30 Mio DM auf 31 Mio DM	<p>Zur Verstärkung der Förderung forstlicher Investitionen, zur Umsetzung des CDU-Antrages "Mehr Wald für Nordrhein-Westfalen", für ergänzende waldbauliche Maßnahmen (z. B. Erhöhung des Laubholz-Anteils) ist eine Erhöhung der Haushaltsmittel erforderlich.</p> <p><u>Deckungsvorschlag:</u> 10 030 - 821 §2, "Erwerb von Grundstücken", Reduzierung um 1 Mio DM</p>

Antrag der Fraktion der COU zum Haushaltsentwurf 1989 - Drucksache 10/3500

Einzelplan 10	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 10 030			
Titel 821 82	Erwerb von Grundstücken (durch das Land)	Reduzierung des Haushaltsansatzes von bisher 20 Mio DM um 5 Mio DM auf nunmehr 15 Mio DM	Der Haushaltsansatz des Vorjahres wird für ausreichend gehalten. Durch Verkauf nicht genutzter Wirtschaftsflächen aus dem Landesvermögen besteht die Möglichkeit, darüber hinaus weitere Flächen zur Nutzung für den Naturschutz bzw. die Landschaftspflege zu erwerben.

Einzelplan 10	Zweckbestimmung	Antrag	Begründung
Kapitel 10 200			
Titel 537 13	Versuche und Untersuchungen im Zusammenhang mit der Überprüfung, Überwachung und Sanierung von sogenannten Altlasten	Erhöhung des Haushaltsansatzes von bisher 2.700.000 DM um 1.300.000 DM auf nunmehr 4.000.000 DM	Um dem von der Landesregierung selbst gesetzten Anspruch der ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Industrielandes NW gerecht werden zu können, sind im Bereich der Altlastensanierung verstärkte Aktivitäten erforderlich.

MM D 10 / 3810 -7

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

24.11.1988

10. Wahlperiode

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
10. WAHLPERIODE

VORLAGE
10/1869

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Umweltschutz und Raumordnung

Berichterstatter Abgeordneter Hegemann CDU

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 10 wird unter Berücksichtigung der gegenüber dem Haushalts- und Finanzausschuß gegebenen Empfehlung zugestimmt.

BerichtI. Allgemeines

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung hat die in seine Zuständigkeit fallenden Kapitel des Einzelplans 10 in den Sitzungen am 21. September, 5. Oktober und 2. November 1988 beraten. Die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und F.D.P. wurden in der Sitzung am 23. November 1988 behandelt und abgestimmt.

In der Schlußabstimmung wurde den Kapiteln des Einzelplans 10 unter Berücksichtigung der einstimmig beschlossenen Empfehlung an den Haushalts- und Finanzausschuß mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. zugestimmt.

In den Beratungen des Haushaltsentwurfs im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung wurden die Vorlagen 10/1681 und 10/1689 des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft einbezogen.

II. EinzelberatungA. Personaltitel

Dem Personaletat 1989 stimmte der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung einstimmig zu.

B. Sachtitel1. Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titel 531 11 - Öffentlichkeitsarbeit

Titel 531 12 - Veröffentlichungen und Dokumentationen

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, beide Titel um insgesamt 400 000 DM zu kürzen.

Nach Auffassung der Fraktion der F.D.P. ist der überzogenen Selbstdarstellung der Landesregierung mit Hilfe der aus Steuergeldern bezahlten Veröffentlichungen und Dokumentationen, die zudem noch durch eine kostenträchtige Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, zu begegnen.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

2. Kapitel 10 050 - Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz

2.1 Titelgruppe 75 - Abfallverwertungs- und -beseitigungsanlagen

Titel 661 75 - Schuldendiensthilfen zur Bildung von Kreditplafonds

Die Fraktion der CDU beantragte, den Haushaltsansatz von 5 000 000 DM um 9 100 000 DM auf 14 100 000 DM zu erhöhen. Nach Auffassung der Fraktion der CDU ist eine Erhöhung des Ansatzes unbedingt erforderlich, um durch zinsgünstige Kredite Investitionen von kleineren und mittleren Wirtschaftsunternehmen im Bereich der Abfallbeseitigung verstärkt fördern zu können. Zur Deckung ihres Antrags schlug die Fraktion der CDU vor, den Titel 883 15 im Kapitel 14 030 entsprechend zu reduzieren.

Der Sprecher der Fraktion der SPD stimmte grundsätzlich dem Anliegen der Fraktion der CDU zu, da ein größerer Bedarf als bisher angenommen wahrscheinlich ist. Allerdings könne die Fraktion der SPD mit der vorgeschlagenen Deckung nicht einverstanden sein.

Der Sprecher der Fraktion der SPD schlug vor, der federführende Haushalts- und Finanzausschuß solle den tatsächlichen Bedarf bei diesem Titel eingehend prüfen, evtl. eine Erhöhung vornehmen und aus seiner Gesamtsicht des Haushaltes 1989 eine Deckung vorschlagen.

Der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung verzichtete daraufhin auf eine formale Beschlußfassung zu dem Antrag der Fraktion der CDU und beschloß einstimmig die vom Sprecher der Fraktion der SPD vorgetragene Empfehlung an den Haushalts- und Finanzausschuß.

2.2 Neuer Titel - Sanierungsprogramm Emscher
hier: Untersuchungen, Versuche und Vorplanungen

Die Fraktion der CDU beantragte, einen neuen Titel mit der vorbezeichneten Zweckbestimmung einzurichten und mit einem Ansatz von 100 000 DM zu versehen.

Die CDU begründete ihren Antrag mit der Tatsache, daß seit Beginn der Industrialisierung die Emscher zu einem Abwasserkanal umfunktioniert worden sei. Insbesondere nach Wegfall von GroÙeinleitern ist die Renaturierung der Emscher auf einer Länge von ca. 80 km im Ballungszentrum Nordrhein-Westfalen dringend geboten.

Zur Deckung schlug die Fraktion der CDU vor, den Titel 537 14 im Kapitel 10 050 um 100 000 DM auf 300 000 DM zu kürzen.

Nach Auffassung der Fraktion der SPD ist die Einrichtung eines solchen Titels nicht notwendig, da dies Aufgabe der Emscher-Genossenschaft sei.

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

3. Kapitel 10 200 - Landesamt für Wasser und Abfall, Verwaltung für Wasser- und Abfallwirtschaft

3.1 Titel 537 13 - Versuche und Untersuchungen im Zusammenhang mit der Überprüfung, Überwachung und Sanierung von sogenannten Altlasten

Die Fraktion der CDU beantragte eine Erhöhung des Ansatzes von bisher 2 700 000 DM um 1 300 000 DM auf 4 000 000 DM. Nach Auffassung der Fraktion der CDU sind im Bereich der Altlastensanierung verstärkte Aktivitäten erforderlich, um den von der Landesregierung selbst gesetzten Anspruch der ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen gerecht werden zu können.

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und F.D.P. abgelehnt.

3.2 Titel 537 18 - Forschungsnetz Abfallwirtschaft

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, den Ansatz in Höhe von 1 000 000 DM zu sperren. Die Fraktion der F.D.P. stellte insbesondere die Frage, welche Forschungen konkret durchgeführt werden sollen. Ohne nähere Kenntnis sei deshalb dieser Haushaltstitel derzeit zu sperren.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

3.3 Titelgruppe 64 - Gewässerkundlicher Dienst, wasserwirtschaftliche Planung, Überschwemmungsgebiete

Titel 537 64 - Wasserwirtschaftliche Planung

Die Fraktion der F.D.P. beantragte, zu diesem Titel einen korrespondierenden Einnahmetitel mit einem Ansatz von 1 200 000 DM einzurichten, da die Gutachterkosten für wasserwirtschaftliche Rahmenplanungen in bezug auf die Nordwanderung des Steinkohlenbergbaus und die Sumpfungsmaßnahmen für den zukünftigen Braunkohlentagebau von den Verursachern zu tragen sind.

Der Antrag der Fraktion der F.D.P. wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Fraktion der F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU abgelehnt.

4. Der Sprecher der Fraktion der CDU beantragte, der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung möge empfehlen, daß der Bereich der Fördermaßnahmen für Stadterneuerung zukünftig auch auf die Sanierung von Abwasserkanälen ausgedehnt werden solle. Um dies zu ermöglichen, müßten die Förderrichtlinien geändert werden.

Der Sprecher der Fraktion der SPD lehnte den Antrag für seine Fraktion ab, da zum einen der kommunale Spitzenverband Städtetag Nordrhein-Westfalen empfohlen habe, daß sich das Land aus der Finanzierung von kommunalen Kanalbaumaßnahmen zurückziehen sollte, und zum anderen der Landeshaushalt um 326 Millionen DM für Stadtentwässerungsmaßnahmen enthalte.

Der Antrag der Fraktion der CDU wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt.

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß

Entwurf des Haushaltsgesetzes 1989

Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung
und Landwirtschaft

- Drucksachen 10/3500 und 10/3740 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des
Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz

Berichterstatter Abgeordneter Lieven CDU

Beschlußempfehlung

Der Einzelplan 10 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für
Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz - wird mit den aus
dem nachfolgenden Bericht ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz hat die in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Teile des Einzelplans 10 in seinen Sitzungen am 6. Oktober, 3. und 10. November 1988 beraten.

Der Einzelplan 10 wurde unter Berücksichtigung der nachfolgend aufgeführten Änderungsempfehlungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. vom Ausschuß angenommen.

B. Einzelberatungen

I. Antrag der SPD-Fraktion

Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen

Titelgruppe 65 - Kleingartenwesen

Die SPD-Fraktion stellte den Antrag, daß

- a) der sich auf die Förderung der Einrichtungen von Schulgärten beziehende Haushaltsvermerk Nr. 2 entfallen und
- b) die Erläuterungen zur Titelgruppe 65 wie folgt neu gefaßt werden sollen:

Ausgaben für

1. den Erwerb von Land,
 - 1.1 das für die Schaffung neuer Dauerkleingartenanlagen bestimmt ist,
 - 1.2 das von privaten Grundstückseigentümern gepachtet ist, wenn die weitere kleingärtnerische Nutzung gefährdet erscheint, durch Darlehen (2.000.000 DM),
2. die Schaffung neuer und die Erneuerung bereits bestehender Dauerkleingartenanlagen (1.830.000 DM),
3. die Einrichtung von Schulgärten (1.000.000 DM), durch Zuschüsse.

Die SPD-Fraktion begründete ihren Antrag mit dem Hinweis, daß auf diese Weise der zunehmenden Bedeutung von "Schulgärten" besser entsprochen werden könne.

Der Antrag wurde einstimmig vom Ausschuß angenommen.

II. Anträge der CDU-Fraktion

1. Kapitel 10 010 - Ministerium für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft -
Titel 527 10 - Reisekostenvergütungen für
Dienstreisen

Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, den Ansatz von 465 000 DM um 30 000 DM auf 435 000 DM zu kürzen. Sie betonte, daß sie den Haushaltsansatz des Vorjahres für ausreichend halte, um die umweltrelevanten Problemlösungen "vor Ort" zu suchen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion (ein Vertreter der F.D.P.-Fraktion war nicht anwesend) abgelehnt.

2. Kapitel 10 030 - Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft,
Naturschutz und Landschaftspflege
Titelgruppe 82 - Naturschutz und Landschaftspflege
Titel 821 82 - Erwerb von Grundstücken
(durch das Land)

Die CDU-Fraktion beantragte eine Reduzierung des Ansatzes von 20 000 000 DM um 5 000 000 auf 15 000 000 DM.

Sie halte den Haushaltsansatz des Vorjahres für ausreichend. Durch Verkauf nichtgenutzter Wirtschaftsflächen bestünde die Möglichkeit, darüber hinaus weitere Flächen zur Nutzung für den Naturschutz bzw. für die Landschaftspflege zu erwerben.

Die SPD-Fraktion betonte, daß sie den im Haushaltsentwurf ausgebrachten Ansatz für zwingend erforderlich halte und lehnte den Antrag ab. (Ein Vertreter der F.D.P.-Fraktion war nicht anwesend.)

3. Kapitel 10 030

- Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege -

Titelgruppe 71

- Verbesserung der Agrarstruktur im Bereich Dorferneuerung -

Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, den Gesamtansatz der Titelgruppe 71 von 20 000 000 DM um 4 000 000 DM auf 24 000 000 DM sowie die Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe um insgesamt 10 000 000 DM zu erhöhen.

Die CDU-Fraktion erklärte, daß sie die im Etatentwurf veranschlagten Mittel für nicht ausreichend halte, um die vorhandenen dörflichen Strukturen möglichst zu erhalten, Veränderungen im weiteren Funktionswandel auf den gewachsenen Dorfcharakter auszurichten und Mängel in der Daseinsvorsorge zu beheben.

Durch die Erhöhung der Haushaltsansätze und der Verpflichtungsermächtigungen werde gewährleistet, daß der Aufgabenbereich "Dorferneuerung" insgesamt zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande beitrage.

Zur Deckung diene ihr Kürzungsantrag bei Kapitel 10 030, Titel 821 82 - Erwerb von Grundstücken -

Der Sprecher der SPD-Fraktion betonte, daß seine Fraktion den Maßnahmen der Dorferneuerung durchaus Sympathien entgegenbringe, was sich durch die Aufstockung der Mittel in den vergangenen Jahren gezeigt habe. Im Hinblick auf den gemachten Deckungsvorschlag könne sie jedoch nicht zustimmen, da für den Ankauf der Flächen die veranschlagten Mittel voll benötigt würden.

Der Antrag wurde somit mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU (bei Abwesenheit eines Vertreters der F.D.P.) vom Ausschuß abgelehnt.

4. Kapitel 10 030 - Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft,
Nautenschutz und Landschaftspflege
- Titelgruppe 75 - Forstwirtschaft

Die CDU-Fraktion beantragte die Erhöhung des Gesamtansatzes der Titelgruppe 75 von 30 000 000 DM um 1 000 000 DM auf 31 000 000 DM.

Diese Mittel sollen nach Auffassung der CDU zur Verstärkung der Förderung forstlicher Investitionen, zur Umsetzung des CDU-Antrages "Mehr Wald für Nordrhein-Westfalen", für ergänzende waldbauliche Maßnahmen (z.B. Erhöhung des Laubholzanteils) dienen.

Zur Deckung solle die von ihr beantragte Ansatzkürzung bei Kapitel 10 030 Titel 821 82 herangezogen werden.

Auch hier konnte sich die SPD-Fraktion vor allem mit dem Deckungsvorschlag nicht einverstanden erklären und lehnte den Antrag ab. (Ein Vertreter der F.D.P.-Fraktion war nicht anwesend.)

5. Kapitel 10 040 - Marktstruktur- und Verbraucher-
angelegenheiten -
- Titelgruppe 61 - Marktstruktur, Verbraucherange-
legenheiten
- Titel 685 61 - Zuschüsse für die Verbraucher-
(Ernährungs-)beratung und für
die Absatzwerbung nordrhein-
westfälischer Agrarprodukte

Die CDU-Fraktion beantragte hier die Erhöhung des Ansatzes von 3 030 000 DM um 30 000 DM auf 3 060 000 DM mit dem Hinweis, daß der AGM NW statt der veranschlagten 960 000 DM insgesamt 990 000 DM zur Absatzwerbung und Verstärkung des Marketings mittelständischer Unternehmen zur Verfügung gestellt werden sollten.

Deckungsvorschlag: Beantragte Kürzung bei Kapitel 10 010, Titel 527 10 - Reisekostenvergütungen bei Dienstreisen -. Der Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wies darauf hin, daß die für die AGM vorgesehenen Mittel ausreichend seien, zumal sich die AGM auch nicht wegen einer Mittelerhöhung an das Ministerium gewandt habe.

Der Ausschuß lehnte den Antrag mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion (bei Abwesenheit des Vertreters der F.D.P.-Fraktion) ab.

III. Anträge der F.D.P-Fraktion

Die F.D.P.-Fraktion erklärte, daß auf Grund der aktuellen Überschuldung des Landes ein Einsparhaushalt notwendig sei. Deshalb seien sämtliche Ausgaben des Landes auf zwingende Notwendigkeit, Effizienz und mögliche Streckung zu prüfen. Dies gelte insbesondere für ihre folgenden Anträge:

1. Kapitel 10 010 - Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Titel 538 00 - Ausgaben für Datenverarbeitung

Die F.D.P.-Fraktion beantragte, den Ansatz von 4 500 000 DM um 500 000 DM auf 4 000 000 DM zu kürzen und betonte, daß es bei den Ausgaben für Datenverarbeitung zu prüfen gelte, inwieweit nicht eine Streckung der Mittel möglich sei. Der Antrag wurde vom Ausschuß mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimme der F.D.P.-Fraktion und bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

2. Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen
- Titel 531 12 - Veröffentlichungen und Dokumentationen

Die F.D.P.-Fraktion beantragte eine Kürzung des Ansatzes von 700 000 DM um mindestens 400 000 DM, um, wie sie betonte, der überzogenen Selbstdarstellung der Landesregierung mit Hilfe von aus Steuergeldern bezahlten Veröffentlichungen und Dokumentationen, die zudem noch durch eine kosten-trächtige Öffentlichkeitsarbeit begleitet würden, zu begegnen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion vom Ausschuß abgelehnt.

3. Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen
- Titel 541 10 - Ausstellungen, Kongresse, Wettbewerbe

Die von der F.D.P.-Fraktion beantragte Kürzung des Ansatzes von 1 611 000 DM um 500 000 DM auf 1 111 000 DM wurde mit der Notwendigkeit der Begrenzung der Ausgaben für Ausstellungen und Kongresse begründet. Außerdem sei zu prüfen, inwieweit nicht eine stärkere Zusammenarbeit mit Verbänden zu einer Entlastung des Landeshaushalts führen könne.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD gegen die Stimme der F.D.P. und bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

4. Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen
- Titel 685 00 - Zuschüsse und Beiträge an Vereine, Organisationen usw.

Auch hier stellte die F.D.P. den Antrag, den vorgesehenen Ansatz von 1 377 200 DM um 500 000 DM auf 877 200 DM zu kürzen.

Sie brachte zum Ausdruck, daß die Notwendigkeit von Mitgliedschaften in den einzelnen Vereinen jeweils zu begründen sei, damit möglicher Wahlpropaganda vorgebeugt werden könne.

Mit den Stimmen der SPD und zwei Stimmen der CDU, die sich ansonsten der Stimme enthielt, verfiel der Antrag der Ablehnung.

5. Kapitel 10 020 - Allgemeine Bewilligungen
- Titelgruppe 62 - Pferdezucht und Pferdesport

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion, den Gesamtansatz der Titelgruppe von 526 000 DM um 500 000 DM auf 26 000 DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der SPD und der CDU vom Ausschuß abgelehnt.

Die F.D.P. hielt eine Prüfung der Frage, inwieweit nicht eine Kombination mit der Titelgruppe 61 - Verwendung der Reitabgabe - angestrebt werden könne, für erforderlich.

6. Kapitel 10 030 - Agrarwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege
- Titel 821 82 - Erwerb von Grundstücken (durch das Land)

Auch dieser Antrag der F.D.P.-Fraktion, den Ansatz von 20 000 000 DM um 5 000 000 DM auf 15 000 000 DM zu kürzen, wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion und einer Stimme der CDU-Fraktion, die sich bei 2 Enthaltungen mit einigen Zustimmungen dem Antrag anschloß, vom Ausschuß abgelehnt.

Bei der Begründung des Antrags sprach sich die F.D.P. dafür aus, statt des Flächenkaufs durch das Land den Erhalt der Besitzstruktur zu fördern und sich statt Kauf für die Pacht von Flächen einzusetzen.

C. Gesamtabstimmung

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 10 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz - unter Berücksichtigung der angenommenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und die Stimme der F.D.P.-Fraktion vom Ausschuß angenommen.

Lieven
Vorsitzender

Änderungen im Haushalt des Haushaltsplans 1989

Einzelplan 10: Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

MM D 10 / 3810 -23

Anlage 1: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
10 020	<u>Allgemeine Bewilligungen</u>			

TGr. 65 Kleingartenwesen 5.000.000 - 5.000.000

Der Haushaltsvermerk Nr. 2 entfällt

Die Erläuterungen werden wie folgt gefaßt:

"Ausgaben für

1. den Erwerb von Land,
- 1.1 das für die Schaffung neuer Dauerkleingartenanlagen bestimmt ist,
- 1.2 das von privaten Grundstückseigentümern gepachtet ist, wenn die weitere kleingärtnerische Nutzung gefährdet erscheint,

durch Darlehen (2.000.000 DM),

2. die Schaffung neuer und die Erneuerung bereits bestehender Dauerkleingartenanlagen (1.830.000 DM),

3. die Einrichtung von Schulgärten (1.000.000 DM),

durch Zuschüsse."

MM D 10 / 3810 - 24

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr (+) weniger (-) DM	Neuer Ansatz DM
<u>10 050</u>	<u>Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz</u>			
887 20	Zuweisungen für die Entschlammung von Seen Verpflichtungsermächtigung unverändert	4.000.000	- 1.000.000	3.000.000
	Titelgruppe 75			
	Abfallverwertungs- und -beseitigungsanlagen Haushaltsvermerke unverändert			
661 75	Schuldendiensthilfen zur Bildung von Kreditplafonds	5.000.000	+ 1.000.000	6.000.000
	<u>Gesamtabschluß Einzelplan 10</u> unverändert			

MM D 10 / 3810

- 25

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

4

Bes.Gr. Verg.Gr. LohnGr.	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stellen und Haushaltsvermerke	Stellenzahl nach dem Entwurf	mehr (+) weniger (-)	Neue Stellenzahl
	<u>Kapitel 10 260 Landesforstverwaltung</u>			
	Titel 422 20: Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst			
A 9	Forstinspektoranwärter	65	- 15	50

MMD 10 / 3810 -26